

Gesellschaft

Frankreich ist kein Einwanderungsland

Widerlegte Fehlmeinungen

ALFRED FRISCH*

Das international anerkannte „Nationale Institut für demographische Studien“ wies in einer jüngsten Veröffentlichung auf fünf falsche Vorstellungen über die Einwanderung nach Frankreich hin. An erster Stelle wird erklärt, dass Frankreich mindestens seit 25 Jahren kein Einwanderungsland im eigentlichen Sinne mehr ist. Ganz im Gegenteil zeichnet es sich in Europa durch den geringsten Anteil der Einwanderung am Bevölkerungswachstum aus. Jährlich übersteigt die Zahl der Geburten diejenige der Todesfälle um rund 200 000, während die jährliche Zuwanderung auf 65 000 Personen geschätzt wird. In der Skala des Einwandereranteils an der Bevölkerungsentwicklung befindet sich Frankreich damit am unteren Ende. Die falsche Einschätzung des tatsächlichen Einwandererdrucks ist teilweise eine psychologische Folge der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg. Damals stellte die Einwanderung zwei Drittel des Bevölkerungswachstums und bis etwa 1970 noch rund 40 Prozent. 1970 wies Frankreich mit 10,2 Prozent knapp hinter Luxemburg den höchsten Einwandereranteil an seiner Gesamtbevölkerung auf, aber in den folgenden 30 Jahren ist diese Quote nur um 0,4 Prozent gestiegen, in Holland dagegen von 2 auf 10 Prozent und in Österreich von 2,3 auf 9,4 Prozent.

Neben diesen statistischen Daten, die eine zu wenig beachtete Umkehrung der Einwanderungstendenzen während der letzten drei Jahrzehnte erkennen lassen, ist es für die vor allem psychologische Einschätzung der französischen Lage nicht belanglos, dass schätzungsweise heute etwa ein Viertel aller Franzosen ausländischen Ursprungs sind, das heißt, dass mindestens jeweils ein Elternteil im Ausland geboren wurde. 6,9 Millionen stammen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, hauptsächlich Italien, Spanien und Portugal, 3 Millionen aus dem Maghreb und 0,7 Millionen aus dem Afrika südlich der Sahara. Andererseits konzentrieren sich für die breite öffentliche Meinung die Einwandererprobleme auf das Verhalten und die oft schwierige Integration der zweiten Generation, der Kinder der zwischen 1950 und 1970 massiv eingewanderten, weil benötigten Arbeiter aus Nordafrika. Sie leiden besonders unter der jetzigen hohen Arbeitslosigkeit und einem Schulsystem, das ihren spezifischen Erfordernissen nicht genügend gerecht wird.

Ein zweiter Irrtum besteht für das bevölkerungswissenschaftliche Institut in der Überschätzung der illegalen Einwanderung. 1982 wurden 130 000 illegale Einwanderer reguliert, 1997/98 weitere 90 000. Da die

* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

Legalisierung der illegalen Einwanderer im Durchschnitt nach einem Aufenthalt von rund 10 Jahren erfolgte, erhöhen sich für das französische Institut die legalen Einwandererzahlen nur um höchstens 20 Prozent. Spanien, Italien und Griechenland meldeten in den letzten fünf Jahren weit höhere Zahlen, nämlich bis zu einer halben Million.

Ergänzend widerlegt das Institut als dritte Fehlmeinung der breiten Öffentlichkeit und auch nicht weniger Politiker die Behauptung, dass Statistiker und Behörden nicht fähig seien, den Einwandererstrom zahlenmäßig genau zu erfassen, und ihn infolgedessen regelmäßig unterschätzten. Man bestreitet nicht, besonders für die illegale Einwanderung, auf Schätzungen angewiesen zu sein. Seit einiger Zeit verschwinden diese Menschen jedoch immer seltener im Untergrund. Die Behörden kennen die Existenz der überwiegenden Mehrheit, schon weil sich zahlreiche Vereinigungen um ihr Schicksal kümmern und alle die Legalisierung zum Ziel haben. Eine solide Stütze für die Experten sind ferner die regelmäßigen Volkszählungen. Parallel hierzu gibt es die Einbürgerungsstatistik.

Die vierte Fehlmeinung betrifft den Beitrag der Einwanderer zur Geburtenentwicklung. Er dürfte erheblich überschätzt werden. Nach einer als ausreichend zuverlässig betrachteten Untersuchung betrug zwischen 1991 und 1998 die Fruchtbarkeitsrate der französischen Frauen 1,65, während man für die eingewanderten Frauen einen Satz von 2,2 Kindern annehmen darf, wovon 0,6 auf die Zeit vor ihrer Einwanderung entfallen. In Rechnung stellen muss man auch den starken Rückgang der Geburtenzahl in Nordafrika und neuerdings auch im schwarzen Afrika. Im Maghreb entfielen 1970 rund sieben Kinder auf eine Frau, heute sind es nur noch ungefähr 2,5.

Schließlich widersprechen die französischen Bevölkerungsexperten der weit ver-

breiteten Meinung, dass mit den Einwanderern das Elend der Welt ins Land kommt. Gewiss, einer der Väter der Nationalökonomie, Adam Smith, dankte den Armen, sich spontan in die reichen Zonen der Erde zu verpflanzen, um so das internationale Lohnniveau zu harmonisieren. Er fügte aber auch hinzu, „der Mensch sei das am schwersten zu bewegendende Gepäck“. Weltweit befinden sich nur 2,5 Prozent der Bevölkerung im Ausland, weitgehend infolge zahlreicher lokaler Konflikte, und dies bevorzugt in einem Nachbarstaat. Verschiedene Untersuchungen während der letzten Jahrzehnte rechtfertigen zudem die Annahme, dass es mehrheitlich nicht die Ärmsten sind, die auswandern. Die portugiesische Emigration zwischen 1960 und 1980 betraf stärker die selbständigen Kleinbauern im Norden des Landes als die viel ärmeren Landarbeiter im Süden. Nach einer älteren Studie in Spanien über die Abwanderung aus Andalusien gingen die ärmsten Landarbeiter lediglich in die angrenzenden Bezirke, die alphabetisierten Jugendlichen in die Industrie des spanischen Nordens und nur die etwas weiter Fortgeschrittenen mit einem kleinen Sparkapital ins Ausland (Frankreich, Deutschland oder die Schweiz). Die Statistiker der Europäischen Kommission stellten ihrerseits vor einigen Jahren fest, dass die Einwanderer aus der Türkei, Ägypten und Ghana besser geschult waren als diejenigen, die zu Hause blieben. Andererseits wollen zwar in den drei erwähnten Ländern zwischen 20 und 40 Prozent der Menschen auswandern, aber nur weniger als fünf Prozent erwägen diesen Schritt in den nächsten zwei Jahren.

Die französischen Bevölkerungsexperten rechnen demnach keineswegs mit einer Überflutung des Arbeitsmarktes der Industriestaaten. Sie halten es daher für durchaus möglich, die Einwanderung in sozial vernünftigen Bahnen zu halten, allerdings unter der Bedingung, dass sie sich mit einer gezielten Integrationspolitik verbindet.

Gesellschaft

Minderheiten in Frankreich

Integration, „positive Diskriminierung“ und Community-Denken

MARTINA ZIMMERMANN*

Selten erregte die Ernennung eines Präfekten eine solche Aufmerksamkeit in den Medien wie im Januar 2004: Der neue Präfekt des Jura, Aissa Dermouche, ist 57 Jahre alt, hat zahlreiche Diplome und Auszeichnungen und ist ansonsten ein ganz normaler Bürger: zweimal geschieden, Vater von vier Kindern. Er liebt Verdi, Fellini und Woody Allen und spielt Golf. Der aus der Kabylei in Algerien stammende Dermouche ist nie mit seiner Herkunft hausieren gegangen. Er ist nicht einmal der erste Präfekt algerischer Herkunft. Aber diese Ernennung war vor dem Hintergrund der Kopftuchdebatte ein politisches Symbol, es geht um die Repräsentation der Einwanderer.

Eine „positive Diskriminierung“ wie in den USA forderte der ehemalige Innenminister Nicolas Sarkozy, seit April 2004 Wirtschafts- und Finanzminister und erklärter Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2007. Sarkozy postulierte auch als erster in einer Fernsehsendung die Nominierung eines „muslimischen Präfekten“. Dieser Ausdruck wurde kritisiert, weil er an die Kolonialzeit erinnert, als die Algerier „französische Muslime“ genannt wurden. Viele Maghrebener fühlen sich auch nicht vom Rat der Muslime Frankreichs vertreten, den Sarkozy als Innenminister ins Leben gerufen hat. In ihm sind verschiedene, auch den Fundamentalisten

nahe stehende islamische Organisationen vertreten. Positiv ist, dass es jetzt zumindest einen Ansprechpartner für den Islam in Frankreich gibt, in der Person des gemäßigten Rektors der Pariser Moschee Dalil Boubakeur, der einen modernen, europäischen Islam will. Doch vielen Maghrebenerinnen missfällt es, über ihre Religion definiert zu werden.

Die Wortwahl ist bedeutungsvoll: Jacques Chirac wollte einen Präfekten „aus der Einwanderung“; er vertritt das französische Ideal der laizistischen Republik, in der alle gleich, frei und brüderlich sind. In der Wahlnacht im Mai 2002, nachdem Chirac im Duell gegen den rechtsextremen Jean-Marie Le Pen zum Präsidenten gewählt wurde, jubelten auch viele Einwandererkinder auf der Place de la République. Chirac ist gegen Quoten für Minderheiten, aber er ging mit gutem Beispiel voran und nominierte in der Regierung Raffarin Tokia Saïfi im Umwelt- und Hamlaoui Mekachera im Verteidigungsministerium als Staatssekretäre. Tokia Saïfi ist mit 43 als erstes Einwandererkind von Algeriern in einem so hohen politischen Amt die neue Heldin der algerischen Community. „Ich will nicht der Baum sein, vor dem man den Wald nicht mehr sieht,“ sagt jedoch die Staatssekretärin und konservative Spitzenkandidatin des Wahlkreises Nord für die Europawahlen.

* Martina Zimmermann, Paris-Info, lebt als freie Journalistin in Paris.